

Datum:  
02.05.2018

PM Straßenausbaubeiträge

## Pressemitteilung

### **Ausbaubeiträge, AfD-Fraktion begrüßt die Einsicht der CDU**

AfD Wunstorf hatte die Diskussion um die Straßenausbaubeiträge angestoßen

AfD-Fraktionsvorsitzender Bernd Wischhöver hatte sich bereits 2015 des Themas der Gerechtigkeit der Straßenausbaubeiträge angenommen und damit die Diskussion im Rat der Stadt Wunstorf in Gang gebracht. Folge war eine spätere Vorlage der Verwaltung, die derzeit gültige Satzung nicht zu ändern. Dieser Vorlage der Verwaltung wurde mehrheitlich, auch mit den Stimmen der CDU, zugestimmt. Inzwischen hat die Diskussion bei den Bürgern unserer Stadt breiten Raum eingenommen, insbesondere da viele Betroffene durch die Abrechnung der Ausbaubeiträge vor großen finanziellen Schwierigkeiten stehen. Kreditaufnahmen in nicht unerheblichen Umfang wurden oftmals erforderlich, um den Straßenausbau bezahlen zu können. Mehrere Kommunen, auch in der Region Hannover, haben inzwischen Veränderungen an ihrer Straßenausbausatzung vorgenommen. Die Finanzierung über die Grundsteuer ist, neben der Möglichkeiten wiederkehrender Beiträge, ein probates Mittel, den Straßenausbau gerechter zu finanzieren. Es sind schließlich nicht allein die Grundeigentümer, die die Straßen nutzen, es sind alle Einwohner. Die AfD-Fraktion wird daher die Abschaffung, oder die Änderung der Straßenausbausatzung auf eine breitere Basis, unterstützen. Im Ortsrat Steinhude hatte die AfD im Rahmen der Haushaltsanträge bereits erklärt, dass der Straßenausbau auf das Nötigste reduziert werden muss. Nach Meinung der AfD hat die Stadt Wunstorf derzeit weder die personellen, noch die finanziellen Kapazitäten, den Straßenausbau ungebremst voran zu treiben. Auch wäre es unredlich Straßenausbau vorzunehmen und abzurechnen, wohl wissend, dass auch Wunstorf nicht um

eine Änderung der Straßenausbausatzung herum kommen wird. Den Bürgern allerdings vorzugaukeln, dass dieses dann mit einer kostenneutralen Grundsteuer zu finanzieren ist, dürfte wohl weniger der Wahrheit entsprechen. Ehrlicher ist es zu sagen, dass die Grundsteuer in einem doch sehr überschaubaren Maße anzupassen ist, sofern diese nicht durch die vom Bundesverfassungsgericht eingeforderte Neuregelung bereits steigen wird.



Wischhöver